



Pressecommuniqué vom 11. September 2013

Enttäuschung in Strassburg: Europaparlament tritt bei notwendiger Reform der Agrofuels auf die Bremse

Das Europaparlament hat heute über Reformvorschläge für die europäische Agrokraftstoff-Gesetzgebung abgestimmt. Die EU-Kommission hatte 2012 eine Gesetzesinitiative vorgelegt, um die Auswirkungen von Agrokraftstoffen, insbesondere was die Verwendung von Lebensmitteln zur Agrokraftstoffproduktion und deren Klima-Impakte anbelangt, zu begrenzen.

Die in der Plattform Cerealkiller vereinten Nichtregierungsorganisationen (1) bewerten das heutige Abstimmungsergebnis im Europaparlament als sehr enttäuschend. So befürwortete das Europaparlament, dass Agrokraftstoffe aus Lebensmitteln und Energiepflanzen bis zu 6 Prozent des europäischen Energieverbrauchs im Transportsektor decken können. Dies liegt deutlich über dem derzeitigen EU-Verbrauch von 4,5 Prozent und ist sogar mehr, als die EU-Kommission vorgeschlagen hatte. Damit hat es das Europaparlament versäumt, den Auswirkungen der Agrokraftstoffproduktion auf Nahrungsmittelpreise und Nahrungsmittelsicherheit einen Riegel vorzuschieben.

Außerdem sollen die indirekten Auswirkungen der Agrokraftstoffproduktion auf das Klima, auch als indirekte Landnutzungsänderungen bzw. ILUC-Faktoren bekannt, erst ab 2020 bei der Berechnung der CO₂-Bilanzen von Agrokraftstoffen in der Richtlinie über Treibstoffqualität verbindlich berücksichtigt werden, jedoch nicht in der Richtlinie über die Förderung Erneuerbarer Energien. Das heißt, dass auch weiterhin Agrokraftstoffe eingesetzt werden können, deren CO₂-Emissionen höher sind als die konventioneller Kraftstoffe wie Diesel oder Benzin.

Besonders enttäuschend ist, dass die Abgeordneten des EU-Parlaments heute mit knapper Mehrheit gegen die Aufnahme von Verhandlungen mit dem EU-Rat gestimmt haben. Dies hat zur Konsequenz, dass die dringend notwendige Reform der europäischen Agrokraftstoff-Gesetzgebung weiter hinausgezögert wird.

Die EU-Abgeordneten haben es heute verpasst, den Ausbau eines wirklich nachhaltigen Transportwesens in Europa in die Wege zu leiten. Angesichts des zwiespältigen Abstimmungsergebnisses werden die europäischen Steuerzahler auch weiterhin Hunger, Urwaldzerstörung, Klimawandel und Menschenrechtsverletzungen in den Entwicklungsländern mitfinanzieren.

(1) Action Solidarité Tiers Monde (ASTM), Aktioun Öffentlechen Transport (AÖT), Association de Soutien aux Travailleurs Immigrés (ASTI), Attac Luxembourg, Bio-Lëtzebuerg, Bridderlech Deelen, Caritas Luxembourg, Centre for Ecological Learning Luxembourg (CELL), Cercle de Coopération, Commission luxembourgeoise Justice et Paix, Conférence générale de la jeunesse luxembourgeoise (CGJL), Église Catholique à Luxembourg, Etika, Eurosolar Lëtzebuerg, Fairtrade Lëtzebuerg, Frères des Hommes, Greenpeace Luxembourg, Lëtzebuurger Velos-Initiativ, Mouvement Écologique, natur&emwelt, Orang Utan Help Lëtzebuerg, SOS Faim Luxembourg, Vegan Society Luxembourg